

Aarau, 24. November 2024

Medienmitteilung zur Kreisschulratssitzung vom 21. November 2024

Falscher Zeitpunkt: Auflösung des Kreisschulrates verschärft KSAB-Krise

Am 21. November 2024 hat der Kreisschulrat auf Antrag des Schulvorstandes seine Abschaffung beschlossen. Aus Sicht der FDP Aarau kommt dieser Beschluss zum falschen Zeitpunkt. Anstatt die dringenden Probleme anzugehen, wird ein neues Projekt geschaffen. Die FDP Aarau lehnt die ersatzlose Abschaffung der demokratischen Kontrolle und Oberaufsicht (heute vom Kreisschulrat wahrgenommen) klar ab.

Falscher Zeitpunkt – zuerst die dringenden Probleme lösen

Aus Sicht der FDP Aarau war es nicht der richtige Zeitpunkt, um diese weitreichende Entscheidung zu treffen. Die gegenwärtige Situation ist durch zahlreiche Unsicherheiten geprägt, insbesondere im Hinblick auf das bevorstehende Referendum und die Erneuerungswahlen im kommenden Jahr. Die Diskussion über die Abschaffung des Kreisschulrates lenkt von den notwendigen Verbesserungen im Schulalltag ab. Statt sich auf die Entwicklung wichtiger Prozesse, die zur Entlastung der Schulleitung und Lehrpersonen führen, zu konzentrieren, wird der Aufwand auf der bereits überforderten Führungsebene erhöht. Diese Abschaffung könnte Fortschritte der KSAB gefährden und ist daher zum jetzigen Zeitpunkt ungünstig.

Die Gewaltenteilung und das demokratische Verständnis

Seit Wochen beschäftigt die Frage, ob die Schullager 2025 wie geplant durchgeführt werden können, die Öffentlichkeit. Für das Referendumskomitee «Bildung statt Verwaltung» gibt es keinen Grund, auf Kosten der Schülerinnen und Schüler die «Aarauer Praxis» aufzugeben. Der Schulvorstand gibt sich dagegen plötzlich wortkarg. Nachdem Kreisschulrätin Nicole Lehmann im Kreisschulrat eine Frage dazu gestellt hatte, welche wohl viele Familien in Aarau und Buchs aktuell beschäftigt, weigerte sich der Schulvorstand eine klare Stellungnahme abzugeben. In der Diskussion griff die in Aarau zuständige Stadträtin in ihrer Funktion als Kreisschulrätin ein, und verlangte per Ordnungsantrag, dass die mündlichen Anfragen sofort beendet werden. Der Antrag wurde von der linken Mehrheit angenommen und damit war die Debatte sofort beendet. Es ist bezüglich Gewaltenteilung höchst problematisch, dass sich eine Exekutivvertreterin hinreissen lässt, eine Debatte in der Legislative per Ordnungsantrag abzuklemmen.

Der Schulvorstand begründet die Abschaffung des Kreisschulrates damit, der Aufwand für die Bearbeitung der Vorstösse aus dem KSR sei zu gross. Die FDP Aarau kann eine öffentliche Schule ohne Einflussnahme einer Legislative nicht akzeptieren. Auch ohne KSR müssen Vorstösse aus der Legislative auf jeden Fall gewährleistet sein.

Abschaffungsbeschluss schafft grosse Unsicherheiten

Mit dem Abschaffungsbeschluss des Kreisschulrates wurde eine «Blackbox» geöffnet: Entscheidende Eckpunkte sind ungeklärt: Wer wählt künftig den Schulvorstand? Wer genehmigt das Budget? Wie werden Oberaufsicht und Kontrollfunktion wahrgenommen? Was passiert bei einer Pattsituation? Wie wird eine paritätische Vertretung geschaffen? Die linke Mehrheit im Kreisschulrat hat ohne Antwort auf diese zentralen Fragen entschieden. Bei einer Budgetverantwortung von jährlichen 25 Mio. CHF und einer Schule dieser Grössenordnung ist ein solches Vorgehen aus Sicht der FDP unverantwortlich.

Wer sich 2025 anlässlich der Gesamterneuerungswahlen für den Kreisschulrat nur für ein Übergangsjahr überhaupt zur Wahl stellen wird, ist unklar.

Echte Probleme werden so nicht gelöst

Die Diskussion über die Führungsstruktur wird zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen von Schulvorstand und Geschäftsleitung beanspruchen. Die Hauptaufgabe der Führung der KSAB, die Erstellung von Prozessen, Grundlegendokumenten und eines Führungscockpits werden behindert.

Der unausgereifte Adhoc-Entscheid zur Auflösung des KSR wird das Vertrauen in die Stabilität unserer Schulinstitutionen schwächen. Die aktuellen Herausforderungen der KSAB werden nicht durch eine blosse Umstrukturierung wie die Abschaffung des Kreisschulrats bewältigt werden können. Vielmehr stellt sich die Frage nach der richtigen Struktur, um den Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte gerecht zu werden. Wollen wir an einem Modell festhalten, das offensichtlich nicht funktioniert? Vielleicht sollten wir den Mut aufbringen, um neue Wege zu gehen und alternative Lösungen zur KSAB zu prüfen. Genau aus diesem Grund setzt sich das Referendumskomitee «Bildung statt Verwaltung» gegen die Schaffung derjenigen neuen Verwaltungsstellen ein, welche zur Lösung der bestehenden Probleme nicht beitragen.

Kontakt:

Nicole Lehmann, Kreisschulrätin und Einwohnerrätin, nlf@bluewin.ch

Benjamin Böhler, Co-Präsident, benjamin.boehler@bluewin.ch, 079 626 96 28